

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Band: 68 (1989)

Heft: 2

Artikel: SED und SPD suchen nach einer gemeinsamen Sicherheitsphilosophie : der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit

Autor: [s.n.]

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340711>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 06.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Bei den Gesprächen war viel von Umweltpolitik die Rede. Es gibt ein Ministerium für Energie und Umwelt. Es gibt zudem eine Umweltschutzgesetzgebung. Und man weiss auch, dass z.B. die Situation in der Landwirtschaft umweltmässig nicht zum besten steht. Die Chemisierung der Böden ist auch in der Ukraine ein Problem. Es laufen deshalb bereits Forschungsprojekte für eine umweltfreundlichere Produktion. Einzelne Kolchosen betreiben eine Landwirtschaft ohne chemische Düngemittel, und die Lebensmittelkontrolle ist in den letzten Jahren verstärkt worden. In den Umweltbehörden ist man sich zudem bewusst, dass von der

chemischen Industrie weit mehr Schäden auf die Umwelt ausgehen, als man es für umweltpolitisch zulässig erachtet. Doch zwischen Einsicht und politischem Handeln liegt eine Diskrepanz. Auch das ist für eine Schweizer Delegation keine neue Erfahrung. Immerhin nimmt man erstaunt zur Kenntnis, dass die chemische Industrie in der Schweiz alles Interesse daran hat, die Produktion über schweizerisch-sowjetische Joint-ventures ins Ausland zu verlagern. Fragt sich nur, mit welchem Ziel? Im beiderseitigen Interesse? Eine bequeme Verlagerung der Risiken – und damit eine Umgehung der Umweltauflagen in der Schweiz – ins

Ausland auf der einen Seite, ein willkommener Anreiz für die sowjetische Wirtschaft auf der anderen Seite? Als Beobachter stellt man sich zwangsläufig die Frage, ob denn das die neue Dimension in den Ost-West-Beziehungen sein soll.

Die Entwicklungen in der Umwelt- und Energiepolitik sind noch nicht eindeutig auszumachen. Sicher ist nur, dass das umwelt- und energiepolitische Bewusstsein auch in der sowjetischen Gesellschaft erwacht ist. Das ist eine Chance. Schon aus diesem Grunde hat sich der Dialog zwischen der SPS und der KPdSU gelohnt. Daran gibt es keinen Zweifel.

SED und SPD suchen nach einer gemeinsamen Sicherheitsphilosophie

Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit

Wie kommt ein Gespräch in Gang zwischen zwei Partnern, die sich jahrzehntelang feindlich in einem kalten Krieg gegenübergestanden sind? Was ist die Voraussetzung dafür, trotz unterschiedlicher Ideologien zu einer gemeinsamen Sicherheitsphilosophie zu kommen, die allein das Überleben der Völker und der Völkergemeinschaften garantieren kann. Es braucht die Fähigkeit zum Dialog, es braucht die Fähigkeit, vertrauensbildend zu wirken, es braucht die Fähigkeit zum Konsens. Unter dem Thema «Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit» hat die Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED und die Grundwertekommission der SPD den Versuch zum Dialog, zur gemeinsamen Sprache im Bereich Sicherheit unternommen. Der nachfolgende Text ist das Resultat der Bemühungen.

I. Friedenssicherung durch gemeinsame Sicherheit

1. Unsere weltgeschichtlich neue Situation besteht darin, dass die Menschheit nur noch gemeinsam überleben oder gemeinsam untergehen kann. Eine solche Alternative ist historisch ohne Beispiel. Sie verlangt ein politisches Denken, das historisch ebenfalls ohne Beispiel ist, ein neues Herangehen an die internationalen Angelegenheiten, besonders an die Sicherung des Friedens. Der Krieg darf im Nuklearzeitalter kein Mittel der Politik mehr sein. Zwischen atomar gerüsteten Bündnissen wäre er das Ende

jedweder Politik, die Zerstörung aller Zwecke. Friedenssicherung ist zur Grundvoraussetzung aller verantwortbaren Politik geworden.

Dem widerspricht jede Politik, die auf Forcierung des Wettrüsts, auf Konfrontation, Streben nach militärischer Überlegenheit, Unverwundbarkeit und globale Hegemonie setzt. Sie müsste dazu führen, dass die internationalen Spannungen anwachsen und sich die Gefahren für den Weltfrieden weiter erhöhen. Das Gebot der Stunde ist eine Wende in den internationalen Beziehungen, eine Politik der gemeinsamen Friedenssicherung, des Dia-

logs und der Abrüstung, des Kompromisses, des Ausgleichs der Interessen, der Kooperation und der Neubelebung des Entspannungsprozesses. Sie muss gegen alle Kräfte durchgesetzt werden, die noch immer glauben, durch ständiges Anhäufen neuer Massenvernichtungswaffen Sicherheit errüsten zu können. Eine solche Wende in der internationalen Entwicklung ist aber nicht notwendig, sie ist auch möglich.

● Frieden, Beendigung des Wettrüsts, Entspannung liegen im Interesse beider Systeme, aller Staaten und aller Völker, der gesamten Menschheit.

● Über soziale, politische, ideologische und weltanschauliche Unterschiede und Gegensätze hinweg wächst der Kreis der Menschen, Organisationen, Parteien, Regierungen und Staaten, die dafür aktiv eintreten, ihr Einfluss wird immer spürbarer.

In Ost und West sehen immer mehr Menschen ein:

Friede und Sicherheit im Nuklearzeitalter können nicht mit immer mehr und perfekteren militärischen Mitteln, sondern dauerhaft allein durch politisches Handeln erreicht werden. Nicht die Qualität der Waffen, sondern die Qualität der Politik entscheidet über Sicherheit und Stabilität in der Welt. Dieser Einsicht zum Durchbruch zu verhelfen, sie in praktische Politik umzusetzen, bedarf es des Engagements aller Menschen.

2. Friede kann heute nicht mehr gegeneinander errüstet, sondern nur noch miteinander vereinbart werden. Daher muss gemeinsame und gleiche Sicherheit für alle organisiert werden. Dies verlangt, dass jede Seite die legitimen Sicherheitsinteressen der jeweils anderen Seiten mitbedenkt und respektiert. Nur so können Dialog, Rüstungskontrollverhandlungen und konkrete Friedens- und Abrüstungsinitiativen vorankommen. Dabei muss jede Seite der andern das gleiche Mass an Sicherheit zubilligen, das sie für sich selbst in Anspruch nimmt. Ein wirksames und dauerhaftes System internationaler Sicherheit muss nicht nur den militärischen, sondern auch den politischen, den wirtschaftlichen und den humanitären Bereich umfassen. Denn Abrüstung, Dialog und Vertrauensbildung, die Errichtung einer gerechten Weltwirtschaftsordnung und das gemeinsame Herangehen an globale Probleme, internationale Zusammenarbeit zur Überwindung des Hungers fördern sich wechselseitig.

Die Konzepte der friedlichen Koexistenz und der gemeinsamen

Sicherheit beruhen heute gleichermaßen auf diesen Erkenntnissen.

3. Ein politisches Denken und Handeln in den internationalen Beziehungen, das der neuartigen Bedrohung der Menschheit angemessen ist, muss vor allem dadurch gekennzeichnet sein, dass es

- die Bannung der nuklearen Gefahr,
- die Sicherung des Lebens und die Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle,
- die Erhaltung der Biosphäre und die Überwindung der ökologischen Krise,
- die Bekämpfung des Hungers, den Abbau der Verschuldung und der wirtschaftlichen Not in den Entwicklungsländern

als gemeinsame Menschheitsaufgabe versteht und anerkennt, die im gemeinsamen Interesse aller Menschen gemeinsam angepackt werden müssen.

Ziel eines solchen politischen Denkens und Handelns ist eine stabile und dauerhafte Friedensordnung in Europa und in der Welt, die den Krieg als Mittel der Politik ausschliesst, den Einsatz militärischer Gewaltmittel – solange sie noch nicht beseitigt sind – verhindert, Konflikte zwischen den Staaten auf der Grundlage vereinbarter Verfahren friedlich regeln kann und das Selbstbestimmungsrecht eines jeden Volkes anerkennt und respektiert. Auch Militärdoktrinen, die ausschliesslich auf Verteidigung und Nichtangriffsfähigkeit ausgerichtet sind, würden diesem Ziel dienen.

Dem oben formulierten Ziel entspricht eine Form der Auseinandersetzung zwischen den beiden gesellschaftlichen Systemen, die geprägt ist von friedlichem Wettbewerb, gewaltfreiem Streit über alle politischen und ideologischen Gegensätze sowie Zusammenarbeit zum beiderseitigen Nutzen und Vorteil. Dabei müssen beide Systeme – ihren grund-

legenden sozialökonomischen, politischen und ideologischen Gegensätzen zum Trotz – lernen, miteinander zu leben und gut miteinander auszukommen.

Dazu ist auf beiden Seiten nötig:

● Berechenbarkeit, Offenheit und Zurückhaltung in der Wahl der Mittel;

● die Fähigkeit zum Dialog, zur Vertrauensbildung, zum Konsens, zum Abbau von Misstrauen und Bedrohungsgängsten sowie zur Partnerschaft bei gemeinsamen Aufgaben.

Gegenwärtig besteht die wichtigste Aufgabe darin, die Dynamik der Aufrüstung zu stoppen und eine Dynamik der Abrüstung in Gang zu setzen.

II. Friedlicher Wettbewerb der Gesellschaftssysteme

1. Die Beziehungen zwischen den beiden Systemen sind nicht nur durch gemeinsame, parallele oder sich annähernde, sondern vor allem auch durch entgegengesetzte Interessen charakterisiert. Das Nebeneinanderbestehen und die Auseinandersetzung qualitativ unterschiedlicher und entgegengesetzter sozialökonomischer und politischer Systeme ist ein wesentliches Kennzeichen der internationalen Beziehungen. Aber nur wenn der Frieden gesichert ist und die Geschichte weitergeht, kann der Streit um das bessere Gesellschaftssystem ausgetragen werden.

2. Daher ist die Auseinandersetzung zwischen den gesellschaftlichen Systemen einzig und allein noch in der Form des friedlichen Wettbewerbs und also gewaltfrei zu führen. Jedes der beiden Systeme kann die von ihm beanspruchten Vorteile nur durch das Beispiel zeigen, das die Menschen innerhalb und ausserhalb seiner Grenzen überzeugt.

Der Wettbewerb der sozialen und politischen Systeme sollte darum geführt werden, welches der beiden Systeme den wirksamsten Beitrag zur Lösung der übergrei-

fenden Menschheitsfragen leistet und welches die günstigsten gesellschaftlichen Bedingungen für die Entfaltung von Humanität bietet, welches den Menschen die bessere Chance gibt, ihre Interessen und Rechte durchzusetzen, ihre Werte und Ideale zu verwirklichen.

3. Vor allem geht es um den Beitrag des jeweiligen Gesellschaftssystems zur Sicherung des Friedens, zur Überwindung der Umweltgefahren, zur Entwicklung der Länder der Dritten Welt.

Dazu gehört:

- soziale Beherrschung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts;
- die Entwicklung lebendiger Demokratie, die Verwirklichung und Weiterentwicklung der Menschenrechte in ihrer wechselseitigen Bedingtheit von sozialen, politischen und persönlichen (individuellen) Rechten;
- eine – auch gegenüber den nachkommenden Generationen verantwortbare – Gestaltung des Verhältnisses von Ökonomie und Ökologie, von Mensch und Natur.

4. Wettstreit und Zusammenarbeit der gesellschaftlichen Systeme schliessen sich nicht nur nicht aus, sondern bilden eine – wenn gleich oft widerspruchsvolle – Einheit.

Gleichberechtigte Zusammenarbeit zwischen Ost und West zum beiderseitigen Nutzen fördert die notwendige Wende in den internationalen Beziehungen und dient der Entspannung in Europa. Das belegen nicht zuletzt die Erfahrungen der Entspannungsperiode in den 70er Jahren. Andererseits erweitern Fortschritte in der Entspannung zugleich die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit zwischen den Staaten auf politischem, ökonomischem, wissenschaftlich-technischem, kulturellem und humanitärem Gebiet. Beide Gesellschaftssysteme brauchen diese Zusammenarbeit, weil die Verflechtung der Weltwirt-

schaft fortschreitet, die Entwicklung der Produktivkräfte den nationalen Rahmen sprengt und die globalen Probleme sich zuspielen.

Die Zusammenarbeit zwischen den Systemen und Staaten wird somit zu einer Voraussetzung für die Entwicklung der nationalen Wirtschaften und der Weltwirtschaft, für die schrittweise Lösung der globalen Menschheitsprobleme, für die Überwindung von Armut und Unterentwicklung in der Welt, für den Austausch auf den Gebieten der Kultur und der Information, kurz gesagt: für die Entwicklung der menschlichen Zivilisation.

Wir wollen ein Europa der freundschaftlichen Kooperation, des Vertrauens und der guten Nachbarschaft. Die Vertiefung des gesamten KSZE-Prozesses bildet auch heute eine wichtige Grundlage hierfür. Beide deutschen Staaten sind aufgefordert, entsprechend ihrer historischen Verpflichtung und politisch-geografischen Lage ihren Beitrag zu leisten.

5. Zu einer aktiven Politik der Friedenssicherung durch Abrüstung und des friedlichen Wettstreits zwischen den entgegengesetzten Systemen gibt es heute keine vernünftige Alternative mehr. Trotzdem trifft sie auf ernste Hindernisse.

Eine solche Politik des Wettstreits und der Zusammenarbeit geht von den entgegengesetzten gesellschaftlichen Strukturen und Prinzipien in beiden Systemen aus.

Der Systemwettstreit, wenn er einhergeht mit der Verringerung der Rüstungen, kann den sozialen Fortschritt in beiden Systemen fördern und beschleunigen.

III. Notwendigkeit einer Kultur des politischen Streits und des Dialogs

Wir deutsche Kommunisten und Sozialdemokraten stimmen darin überein, dass Friede in unserer

Zeit nicht mehr gegeneinander errüstet, sondern nur noch miteinander vereinbart und organisiert werden kann. Daraus ergeben sich neue Gemeinsamkeiten im Ringen um den Frieden.

Sozialdemokraten und Kommunisten fühlen sich beide dem humanistischen Erbe Europas verpflichtet. Beide nehmen für sich in Anspruch, dieses Erbe weiterzutragen, den Interessen der arbeitenden Menschen verpflichtet zu sein, Demokratie und Menschenrechte zu verwirklichen.

Aber sie leben seit sieben Jahrzehnten in bitterem Streit darüber, in welcher Weise dies zu geschehen hat. Dieser Streit wird dadurch verschärft, dass beide oft mit denselben Begriffen verschiedene Inhalte verbinden.

Die Sozialdemokraten verstehen sich als Teil der westlichen Demokratie. Für sie ist pluralistisch organisierte Demokratie mit ihren vielfältigen Formen von Gewaltenteilung und Machtkontrolle der verbindliche und notfalls unter Opfern verteidigte Rahmen, innerhalb dessen sie ihre Vorstellungen von demokratischem Sozialismus verwirklichen wollen.

Für Marxisten-Leninisten ist Demokratie als Form der Machtausübung in ihrem Wesen durch die Eigentumsverhältnisse an den entscheidenden Produktionsmitteln und der damit verbundenen politischen Macht geprägt. Daraus ist für sie die Überführung der wichtigsten Produktionsmittel in Gemeineigentum und die politische Macht der Arbeiterklasse im Bündnis mit anderen Werktätigen das Fundament umfassender demokratischer Rechte. Sie verstehen Demokratie vor allem als die reale Mitwirkung der Werktätigen an der Leitung und Gestaltung der Wirtschaft und Gesellschaft und die Kontrolle darüber.

Für Sozialdemokraten haben die Menschenrechte in sich selbst absoluten Wert und sind gegenüber allen Formen wirtschaftlicher

und staatlicher Macht auf immer neue Weise zu schützen und durchzusetzen. Sie sind in Form von Grundrechten Massstab und Ziel staatlichen Handelns. Auf diese Grundrechte und die Grundwerte des demokratischen Sozialismus gründen sie ihre Politik sozialer Sicherheit und gleicher Lebens- und Bildungschancen.

Marxisten-Leninisten nehmen für sich in Anspruch, durch das gesellschaftliche Eigentum und die damit verbundenen politischen Machtverhältnisse die sozialökonomischen Grundlagen für die freie Entfaltung des Menschen geschaffen zu haben. Soziale Sicherheit, Vollbeschäftigung, soziale Gerechtigkeit und reale Bildungsmöglichkeiten für alle sind für sie unabdingbare Grundlagen für Demokratie und die Entfaltung aller Menschenrechte. Sie bestehen darauf, dass die Verwirklichung der Menschenrechte mit der weiteren Entwicklung ihres sozialökonomischen Systems verbunden ist.

Für Sozialdemokraten ist ein lebendiger, spannungsreicher und möglichst unbeschnittener Pluralismus in Kultur, Wissenschaft, Kunst und politischer Meinungsbildung unverzichtbarer Ausdruck von Freiheit, aber auch Voraussetzung und gleichzeitig Ergebnis einer Demokratie im Dienste der Entfaltung des Menschen.

Marxisten-Leninisten lassen sich davon leiten, dass die sozialistische Gesellschaft in ihrem Sinne in der Lage ist, wissenschaftlich-technischen Fortschritt mit sozialem Fortschritt untrennbar zu verbinden, so dass der Mensch im Mittelpunkt bleibt und nicht an den Rand des Geschehens gedrängt wird, dass das Schöpfertum aller Menschen, ihre Kreativität und ihr Ideenreichtum die Verwirklichung ihrer vielfältigen Interessen und Bedürfnisse fordert und fördert.

Der Streit über diese Grundfragen wird weitergehen, auch die

Hinweise darauf, wo auf der einen oder anderen Seite Theorie und Praxis nicht übereinstimmen. Der Streit über so gegensätzliche Grundpositionen lässt sich weder durch Kompromissformeln noch durch Appell an den Friedenswillen beenden. Es wäre auch niemandem damit gedient, wenn die Gegensätze verwischt würden. Aber der Streit über Grundpositionen kann Teil eines produktiven Wettbewerbs der Systeme werden, wenn er so ausgetragen wird, dass Kommunisten und Sozialdemokraten die Grundentscheidung des jeweils andern beachten, keine Feindbilder aufbauen, die Motive der andern Seite nicht verdächtigen, deren Überzeugungen nicht absichtlich verzerrt und ihre Repräsentanten nicht diffamieren. Beide Seiten werden sich in ihren Leistungen und Erfolgen, ihren Fehlleistungen und Misserfolgen messen lassen müssen. Kommunisten sind fest davon überzeugt, dass ihr Sozialismus seine inneren Vorteile – Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit und Geborgenheit für alle, Teilnahme der Werk-tätigen an der Vorbereitung, Entscheidung und Kontrolle der staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Angelegenheiten, Verbindung des wissenschaftlich-technischen mit dem sozialen Fortschritt, Ausbildung und sichere Zukunft für die Jugend – gegenüber der kapitalistischen Gesellschaft immer umfassender entfalten wird.

Sozialdemokraten setzen – ohne die Gefahren kapitalistischen Wirtschaftens zu erkennen – darauf, dass freie, ungehinderte Diskussion, der Wettbewerb von Ideen und Lösungsansätzen am ehesten in der Lage ist, auf bedrängende neue Fragen angemessene Antworten zu finden, neue technische Möglichkeiten in den Dienst höherer Lebensqualität zu stellen, Gegenkräfte gegen den Missbrauch wirtschaftlicher Macht zu mobilisieren, Mehrheiten für notwendige Veränderun-

gen vorzubereiten und die Demokratisierung der Gesellschaft voranzutreiben.

Die SPS zur neuen PLO-Politik:

Chance für den Frieden

Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SPS) begrüßt die neue Politik des PLO-Nationalrats von Algier mit der Proklamation eines unabhängigen Staates Palästina und der Zustimmung zu den UNO-Resolutionen, die eine Anerkennung Israels beinhalten. Dadurch wird nicht mehr nur einerseits das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser unterstrichen, sondern gleichzeitig auch andererseits die Sicherheit Israels garantiert. Die SPS stellt erfreut fest, dass PLO-Führer Arafat diese Position mit seiner Rede vor der UNO-Vollversammlung in Genf noch bekräftigt hat.

Die neue Politik der PLO bietet die Chance für einen ausgewogenen, gerechten und dauerhaften Frieden im Nahen Osten. Die SPS solidarisiert sich mit den friedens- und verhandlungsbereiten Kräften in Israel und erwartet, dass Israel dem Angebot des Dialogs mit Offenheit begegnet und zu einer internationalen Nahostfriedenskonferenz Hand bietet. Der Bundesrat hat sich bereits früher bereit erklärt, diese Konferenz auf Schweizer Boden durchzuführen. Die Zeit wäre jetzt günstig, um dieses Angebot zu bekräftigen und so einen aktiven Beitrag der Schweiz zum Frieden im Nahen Osten zu leisten.

SPI

Da die Sozialdemokraten den Verfassungskonsens der westlichen Demokratie mittragen, auch wenn sie niemals die Verantwortung für andere, konkurrierende Kräfte übernehmen können, sprechen sie in vielen Fragen stellvertretend für die westliche Demokratie. Es wäre aber zu begrüßen, wenn andere politische Kräfte sich in ähnlicher Weise am kontroversen Dialog der Systeme beteiligen.

IV. Ansätze für eine Kultur des politischen Streits

Wir sind uns also einig darin, dass Friede die Grundvoraussetzung für die Verwirklichung unserer jeweiligen Werte und Prinzipien ist, dass Zusammenarbeit zur Wahrung des Friedens die Verleugnung dieser Werte weder verlangt noch ratsam erscheinen lässt. Es gibt also Fragen, in denen wir einig sind, andere, über die wir weiter streiten müssen. Wir werden in der Spannung von Konsens und Konflikt leben müssen. Was bedeutet dies für die Formen und Inhalte der Auseinandersetzung?

1. Beide Seiten müssen sich auf einen langen Zeitraum einrichten, während dessen sie nebeneinander bestehen und miteinander auskommen müssen. Keine Seite darf der anderen die Existenzberechtigung absprechen. Unsere Hoffnung kann sich nicht darauf richten, dass ein System das andere abschafft. Sie richtet sich darauf, dass beide Systeme reformfähig sind und der Wettbewerb der Systeme den Willen zur Reform auf beiden Seiten stärkt. Koexistenz und gemeinsame Sicherheit gelten also ohne zeitliche Begrenzung.

2. Beide Systeme müssen sich gegenseitig für friedensfähig halten.

Das im Osten vertretene Konzept der Friedlichen Koexistenz zwischen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung und

das im Westen, vor allem von Sozialdemokraten entworfene Konzept einer Gemeinsamen Sicherheit setzen, soweit sie ernst gemeint und konsequent sind, beide die prinzipielle Friedensfähigkeit der anderen Seite voraus. Beide Konzepte wären theoretisch sinnlos und auf die Dauer auch nicht praktikabel, wenn sie die Annahme der prinzipiellen Unfriedlichkeit der anderen Seite aufgrund von deren Ideologien oder Interessenstrukturen einschließen. Beide Seiten müssen daher für eine erfolgreiche Friedenspolitik beim jeweils anderen ein authentisches Interesse an der Erhaltung des Friedens in der atomar gerüsteten Welt voraussetzen – der Erfahrung friedensgefährdender Konflikte zum Trotz.

3. Beide Systeme müssen zu verhindern versuchen, dass sie vom jeweils anderen so wahrgenommen werden, als seien sie auf Expansion, ja gewaltsame Expansion angelegt.

Es gab und gibt in beiden Systemen die Befürchtung, dass das andere System angesichts seiner Interessenstruktur und der jeweils herrschenden Ideologie auf die Ausdehnung seines Einfluss- und Herrschaftsbereiches angelegt sei. Im Westen ist dies die Befürchtung, dass die marxistisch-leninistische These vom weltrevolutionären Prozess auf Revolutionsexport hinauslaufe und zur Rechtfertigung sowjetischer Machtansprüche diene. Im Marxismus-Leninsmus gründet sich die entsprechende Befürchtung auf die Marxsche Analyse des Wesens der kapitalistischen Warenproduktion, auf Arbeiten Lenins über das Wesen des Monopols sowie auf die Wahrnehmung und Deutung der dominierenden antikommunistischen Strategie und Politik der Gegenwart.

Daher müssen in dem Prozess, der zu gemeinsamer Sicherheit führt, auch solche Ängste abgebaut werden. Beide Seiten müs-

sen sich darum auch dann bemühen, wenn sie sich durch solche Befürchtungen missverstanden sehen.

4. Auch wenn für einen Prozess gemeinsamer Friedenssicherung Verträge, Abmachungen und Institutionen nötig sind, reichen sie allein nicht aus. SED und SPD sprechen sich für die Entwicklung einer Kultur des Streits und des kontroversen Dialogs aus. Diese Kultur des politischen Streits muss

- auf einer realistischen Analyse der Möglichkeiten beider Seiten beruhen,
- die gesellschaftspolitischen Gegensätze klar zum Ausdruck bringen,
- sie nicht auf die Beziehungen zwischen Staaten übertragen,
- Gewalt oder Krieg als Mittel der Konfliktlösung ausschließen und starre Konfrontation überwinden
- und damit einem Frieden dienen, der auch international auf gewaltfreie Konfliktregelung setzt.

Für eine solche Kultur sind für beide Seiten akzeptable Normen des Umgangs miteinander zu entwickeln, die handhabbar sind und beiden gleichermassen erlauben, ihre grundlegenden Werte zur Geltung zu bringen. Diese politische Kultur entsteht, wenn aus Absichtserklärungen Handlungsweisen werden und allmählich eine neue Praxis des täglichen Umgangs miteinander wächst.

5. Es muss zum Normalfall werden, dass wir miteinander handeln, verhandeln und zusammenarbeiten, während wir gleichzeitig die offene und klare Kritik äußern können, wo nach unserem Verständnis die Friedensbereitschaft, der Wille zur Verständigung, die Menschenrechte und die Demokratie im anderen Bereich verletzt werden. Kooperation, Wettbewerb und Konflikt müssen gleich akzeptierte Formen des Umgangs miteinander werden.

6. Die Beziehungen zwischen den Systemen können nicht nur bestimmt sein durch das Nebeneinander von Streit, Wettbewerb und Kooperation. Nötig ist auch der Wettbewerb in der Kooperation. Zu den grundlegenden Menschheitsinteressen gehören ausser dem Frieden auch die Erhaltung der Biosphäre und die Überwindung von Hunger und Elend in der Dritten Welt. Dies verlangt die umfassende Zusammenarbeit zwischen Ost und West. Solche Zusammenarbeit schliesst Wettbewerb um die fruchtbarsten Beiträge jedes Systems zu den grossen Menschheitsaufgaben ein. Wettbewerb in der Kooperation käme allen Menschen zugute.

V. Grundregeln einer Kultur des politischen Streits

Eine Kultur des politischen Streits, die den Frieden sichert, ja dem Frieden zu dienen hat, kann nur in ihren grundsätzlichen Normen und Regeln beschrieben werden. In der politischen Praxis müssen solche Regeln durch angemessenes Handeln der Staaten verschiedener Gesellschaftsordnungen und der unterschiedlichen sozialen und politischen Kräfte mit Leben erfüllt werden. Das wird in dem Masse gelingen, wie sie sich als lernfähig erweisen. Politischer Realismus wird sich gegen Ungeduld wappnen müssen. Trotzdem lassen sich einige Regeln formulieren:

1. Gesellschaftssysteme sind nichts Statisches. Sie verändern und entwickeln sich von Land zu Land differenziert auf ihren eigenen Grundlagen. Sie stehen immer wieder vor neuen Aufgaben, die sie ohne Veränderung, Fortentwicklung und Reform nicht bewältigen können. Der Systemwettbewerb kann solche Veränderungen noch beschleunigen. Das zukünftige Bild der Gesellschaftsordnungen wird sich so von dem heutigen wesentlich unterscheiden. Beide Gesellschafts-

systeme müssen einander Entwicklungsfähigkeit und Reformfähigkeit zugestehen.

2. Niemand darf sich ein Recht der deutlichen Kritik und der polemischen Darstellung in Anspruch nehmen, ohne es dem Kritisierten in gleichem Masse zuzubilligen. Die «souveräne Gleichheit», von der die KSZE-Schlussakte spricht, bezieht sich auch auf die geistige Auseinandersetzung im Rahmen des Entspannungskonzepts. Kritik und Kooperation dürfen einander nicht ausschliessen.

3. Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen im anderen System sollte auf nachprüfbarer Tatsachen beruhen. Sie sollte auch getragen sein von dem Versuch, sich zunächst in die Logik der anderen Seite hineinzudenken, freilich nicht, um deren Absichten stets gutzuheissen, sondern um die Zusammenhänge ihres Handelns zu verstehen. Wer diesen Versuch unternimmt, wird sich nicht in aggressiver Polemik erschöpfen.

4. Ausschlaggebend für eine neue Kultur des politischen Streits ist also eine realistische und differenzierte Analyse und Darstellung der anderen Seite, statt Propagierung pauschaler Feindbilder und der Weckung von Bedrohungssängsten. Vermieden werden muss alles, was die andere Seite als prinzipiell unfriedlich oder zum Frieden unfähig erscheinen lässt.

Diese Friedensbereitschaft wird um so glaubwürdiger, je mehr sich beide Seiten bemühen, lokale Konflikte zu vermeiden oder zu beenden und weder direkt noch indirekt zu fördern.

5. Die ideologische Auseinandersetzung ist so zu führen, dass eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten unterbleibt. Kritik, auch in scharfer Form, darf nicht als eine «Einmischung in die inneren Angelegenheiten» der anderen Seite zurückgewiesen werden. Jedenfalls gilt auch hier das Prinzip der

souveränen Gleichheit, dass keine Seite praktisch in Anspruch nehmen darf, was sie der anderen nicht zubilligt.

6. Die offene Diskussion über den Wettbewerb der Systeme, ihre Erfolge und Misserfolge, Vorteile und Nachteile, muss innerhalb jedes Systems möglich sein. Wirklicher Wettbewerb setzt sogar voraus, dass diese Diskussion gefördert wird und praktische Ergebnisse hat. Nur so ist es möglich, dass öffentlich eine vergleichende Bilanz von Praxis und Erfahrungen beider Systeme gezogen wird, so dass Misserfolgen verworfen, Gelungenes festgehalten und gegebenenfalls übernommen und weiterentwickelt werden kann.

7. Der umfassenden Informiertheit der Bürger in Ost und West kommt im Prozess der Friedenssicherung und des Systemwettstreits eine wachsende Bedeutung zu. Dazu müssen die Staaten in beiden Systemen entsprechend der KSZE-Schlussakte auf ihrem Territorium die Verbreitung von periodisch und nicht periodisch erscheinenden Zeitungen und gedruckten Veröffentlichungen aus den anderen Teilnehmerstaaten erleichtern.

8. Der Dialog zwischen allen gesellschaftlichen Organisationen, Institutionen, Kräften und Personen auf beiden Seiten gewinnt wachsende Bedeutung für die Friedenssicherung und den Wettbewerb der Systeme. Das schliesst auch Besuch und Gegenbesuch, die Teilnahme an Seminaren, wissenschaftlichen, kulturellen und politischen Veranstaltungen über die Systemgrenzen hinweg ein.

VI. Neues Denken, neues Handeln

Gemeinsame Sicherheit ist nicht zu erreichen, wenn ideologische Gegensätze in Formen ausgetragen werden, die zwischenstaatliche Beziehungen gefährden oder vergiften oder gar Machtkonflikte

als unversöhnlichen und unausweichlichen Kampf zwischen Gut und Böse erscheinen lassen. Zur gemeinsamen Sicherheit gehört der Verzicht auf Versuche, sich unmittelbar in die praktische Po-

litik in anderen Staaten einzumischen, aber auch der friedliche Wettbewerb der Systeme, ein Wettbewerb, der sich im Rahmen gemeinsam erarbeiteter Regeln hält und eine Kultur des politi-

schen Streits und schliesslich des kontroversen Dialogs einschliesst.

Dies entspricht der Politik einer Friedenssicherung, zu der sich SPD und SED bekannt haben.

Sozialdemokratie 2088: Ein Nachtrag zur Diskussion

Die politische Macht im Programm der SPS

Von Fritz Heeb

I.

Das Parteiprogramm von 1982 proklamiert als Ziel der Sozialdemokratie den demokratischen Sozialismus, eine menschengerechte Gesellschaft. Sie vertritt, wie es in der Präambel heisst, die Interessen der Arbeitnehmer im weitesten Sinne. In Ziffer 5 wird gesagt, der demokratische Sozialismus solle mit demokratischen Methoden erreicht werden. Um die sozialdemokratischen Forderungen durchzusetzen und das Ziel einer menschengerechten Gesellschaft zu erreichen, ringt die SP, so formuliert es das Parteiprogramm, um die Beteiligung und um Mehrheiten im Staat, und zwar sowohl in Parlamenten wie auch in Exekutiven, und um Einfluss in Verwaltungen. Sie bedient sich der Volksrechte, um ihre Anliegen durchzusetzen.

Die SPS hatte schon in ihrem Programm von 1904 erklärt, sie «kämpfe unablässig für die Erweiterung ihrer politischen Macht», sie verlange steigenden Anteil an der Gesetzgebung und an allen Zweigen der öffentlichen Verwaltung, «um sie demokatisch auszustalten und der fortschreitenden Sozialisierung dienstbar zu machen».

Das Programm von 1920 stand im Zeichen der Erfahrungen in den Streikkämpfen des Jahrzehnts vor dem Ersten Weltkrieg, des Generalstreiks von 1918 und

vor allem der Russischen Revolution. Es sah den Klassenkampf des Proletariats mit den Mitteln der Massenaktion, der Demonstrationen und politischen Streiks, die Wahl und Abstimmungskämpfe, die Benützung des Initiativrechts und des Referendums im Dienst der revolutionären sozialistischen Propaganda und Aktion. Es proklamierte den Zusammenbruch des Kapitalismus und den Aufbau des Sozialismus als historische Notwendigkeit, und es erklärte als das nächste Ziel der Arbeiterklasse die Eroberung der politischen Macht. Diese politische Macht der Arbeiterklasse werde, so das Programm von 1920, in der Form der proletarischen Diktatur ausgeübt. Mit dem Parteiprogramm von 1935 werden Lehre und Parole von der Diktatur des Proletariats – unter dem Eindruck der Machtergreifung des Nationalsozialismus in Deutschland und angesichts der Entwicklung in Sowjetrussland – fallengelassen. Es stellte der Partei die Aufgabe, «die neue sozialistische Volksmehrheit» zu erringen mit der Erklärung, um den Sozialismus zu verwirklichen, müsse «die Sozialdemokratie für ihre Idee und Überzeugung die Mehrheit des Volks gewinnen. Die Eroberung der politischen Macht durch die werktätigen Massen schaffe erst die Voraussetzung für die plan-

mässige wirtschaftliche und soziale Weiterentwicklung der Gesellschaft, für die Verhinderung einer neuen, auf Ausbeutung der Menschen beruhenden Klassenscheidung und für die Ersetzung des alten Staats durch eine auf den gemeinsamen Interessen aller aufgebauten klassenlosen Gesellschaft.»

Im Programm von 1959 erklärt die SPS, sie stehe auf dem Boden der Demokratie und verurteile jede Diktatur. Wahre Demokratie beruhe auf der Gleichberechtigung der Menschen und der Sicherung ihres Mitspracherechts in Staat und Wirtschaft.

II.

Die Programme von 1904 und 1920 betrachteten die Arbeiterklasse, das Proletariat, als Antipode der Bourgeoisie in Staat und Wirtschaft, getreu der Lehre des Kommunistischen Manifests, als die revolutionäre Kraft, welche mit historischer Notwendigkeit die Herrschaft des Kapitals stürzen und die sozialistische Gesellschaft errichten werde. Der Kapitalismus proletarisiert nach dieser Lehre fortschreitend die Volksmassen und erzeugt so notwendigerweise seinen eigenen Totengräber. Die Entwicklung in den kapitalistischen Ländern hat das Dogma widerlegt. Die Arbeiterklasse in den Industrieländern vereinigte nicht, sondern er-